



Presseinformation

Nr. 468 / 2012

Kiel, Freitag, 30. November 2012

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Bildung / Oberstufen an Gemeinschaftsschulen

Anita Klahn: Keine weiteren Oberstufen an Gemeinschaftsschulen!

Zu den Antworten des Bildungsministeriums auf eine Kleine Anfrage der FDP-Landtagsfraktion zur „Errichtung neuer Oberstufen an Gemeinschaftsschulen“ (Drs. 18/316) erklärt die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anita Klahn**:

„Es liegen Anträge für die Errichtung von elf Oberstufen vor. Das Ministerium beziffert den Mindestbedarf mit 10,5 Lehrerstellen pro Schule. Wenn also alle Oberstufen eingerichtet werden würden, so wie es die Dänen-Ampel versprochen hat, dann müssten mindestens 115,5 Lehrerstellen dafür bereitgestellt werden. Da es keine zusätzlichen Lehrerstellen gibt, müssten diese von bestehenden Gymnasien abgezogen werden. Das ist aber völlig inakzeptabel, da sich dann die Unterrichtsversorgung an den Gymnasien noch weiter verschlechtern würde.“

Das Bildungsministerium habe erneut nur ausweichend auf die Fragen der FDP-Landtagsfraktion geantwortet: So könne man keine Aussagen dazu treffen, welche Schülerzahl notwendig sei und welche anderen Kriterien erfüllt werden müssten, damit eine Oberstufe an einer Gemeinschaftsschule eingerichtet werden könne.

„Das Schulgesetz ist jedoch eindeutig in dieser Frage: Weitere Oberstufen können nur errichtet werden, wenn hierfür ein öffentliches Bedürfnis besteht und nicht ausreichend Aufnahmekapazitäten an anderen Schulen vorliegen. Die demographische Entwicklung und der allgemeine Rückgang der Schülerzahlen sind bekannt. Die Kleine Anfrage zeigt, dass ausreichend Oberstufen in der Nähe jedes Standortes vorhanden sind.“

Wenn jetzt weitere Oberstufen eingerichtet werden würden, dann würde es zu einem ruinösen Wettbewerb zwischen den unterschiedlichen Schulen kommen, der nur der Bildungsqualität im Land schadet. Die Sachlage ist also klar! Es besteht kein öffentliches Bedürfnis. Die dafür notwendigen Lehrerstellen können nicht bereitgestellt werden. Das Ministerium kann also keinen dieser Anträge positiv bescheiden“, so Klahn.